

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV

Erster Teil

Einleitung und Grundlagen

I. Ziel der Untersuchung	1
II. Einschlägige Grundlagen des französischen Strafverfahrens	6
A. Grundzüge der französischen Strafgerichtsbarkeit	6
B. Grundzüge des französischen Ermittlungsverfahrens	9
1. Verfahrenseinleitung und -durchführung	9
2. Verfahrensbeendigung	12
3. Das Konzept der Nichtigkeit von Beweiserhebungen	15
III. Die Loi Perben II	16
A. Entstehung und wesentlicher Inhalt der Loi Perben II	16
B. Die Loi Perben II vor dem Conseil constitutionnel	20
1. Der Katalog der Straftaten der organisierten Kriminalität vor dem Conseil constitutionnel	21
2. Die erweiterten und besonderen Ermittlungsmaßnahmen gegen organisierte Kriminalität vor dem Conseil constitutionnel	24
a. Die Kontrolle durch die autorité judiciaire	24
b. Der Einfluss des Justizministers auf die Generalstaats- anwaltschaften bzw. Staatsanwaltschaften	25
3. Die Nichtigkeit i.S.v. Art. 706-104-Entwurf CPP vor dem Conseil constitutionnel	30
IV. Die Ausgestaltung des Strafverfahrens für organisierte Kriminalität als besonderes Strafverfahren	32
A. Bisherige legislative Entwicklungen zur Verfolgung der organisierten Kriminalität	32
B. Bedeutung besonderer Strafverfahren und Stellenwert des besonderen Strafverfahrens für organisierte Kriminalität	35

Zweiter Teil

Begriff und Straftatbestände der organisierten Kriminalität

I. Versuche einer allgemeinen juristischen Definition der organisierten Kriminalität	39
A. Internationale Ansätze	40
1. AIDP	40
2. Europarat	41
3. Europäische Union	42
4. Vereinte Nationen	43
5. Zusammenfassung	44
B. Nationale Ansätze	44
1. Schrifttum	45
a. Mayaud	46
b. Girault	49
c. Pradel	49
d. Verges	50
e. Zusammenfassung	51
2. Rechtsprechung	52
a. Rechtsprechung zum Begriff der organisierten Kriminalität	52
b. Rechtsprechung zum Begriff der organisierten Bande	54
aa. Verbindungsnetz	55
bb. Vorbereitungshandlungen	56
cc. Strukturierte Organisation	57
dd. Zusammenfassung	58
II. Der Straftatenkatalog des Art. 706-73 Abs. 1 CPP	59
A. Inhalt	59
1. Vorbehalte des Conseil constitutionnel hinsichtlich zweier Straftatbestände	59
2. Zusammensetzung des Straftatenkatalogs	61
B. Versuch einer Klassifizierung der einzelnen Straftatbestände	63
1. Zweiteilige Klassifizierung	63
2. Dreiteilige Klassifizierung	63
3. Vierteilige Klassifizierung	64
4. Zusammenfassung	66
C. Kohärenzprobleme	67
D. Verfahrensüberschneidungen und Lücken	69
E. Die Sonderstellung des Straftatbestands der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung gemäß Art. 450-1 CP	73
1. Art. 450-1 CP als typischer Straftatbestand zur Strafverfolgung der organisierten Kriminalität	73
2. Art. 450-1 CP als Bestandteil des Straftatenkatalogs	75
F. Spannbreite der Strafandrohung	78
G. Zusammenfassung	79

III. Die Generalklauseln des Art. 706-74 CPP	80
A. Inhalt der Generalklauseln	80
B. Die Konstruktion der Generalklauseln als Auffangtatbestand	81
C. Zusammenfassung	82
IV. Zwischenergebnis	83

Dritter Teil

**Die besonderen Strafgerichtszuständigkeiten
für organisierte Kriminalität**

I. Existenz besonderer Strafgerichtszuständigkeiten	87
A. Motive	87
B. Anwendungsbereiche	88
II. Weiterentwicklung besonderer Strafgerichtszuständigkeiten im Strafverfahren für organisierte Kriminalität	90
A. Entstehung	90
B. Die Interregionalität als Ordnungskriterium	91
C. Ablehnung der Einrichtung besonderer Cours d'assises	94
D. Das Kriterium der „großen Komplexität“	96
E. Zusammensetzung und Ernennung der spezialisierten magistrats	100
F. Die Reichweite	101
1. Ausgestaltung als konkurrierende Zuständigkeiten	101
a. Konkurrenz zu den allgemeinen Zuständigkeiten	101
b. Konkurrenz zu anderen besonderen Zuständigkeiten	104
2. Erweiterung der konkurrierenden Zuständigkeiten auf „Konnexstraftaten“	104
a. Der Begriff der Konnexität	104
b. Die Wirkungen der Konnexität	106
III. Zwischenergebnis	107

Vierter Teil

**Die Ermittlungs- und Sicherungsmaßnahmen
zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität**

I. Allgemeines	109
A. Die Kodifikation von Ermittlungsmaßnahmen	110
B. Das Redlichkeitsprinzip in der Beweisgewinnung	112
1. Reichweite des Redlichkeitsprinzips	112
a. Unterschiedliche Reichweite des Redlichkeitsprinzips bei der Beweisgewinnung durch Richter oder Polizeibeamte?	113
b. Unterschiedliche Reichweite des Redlichkeitsprinzips bei der Beweis- gewinnung durch Polizeibeamte oder Privatpersonen?	114

c.	Unterschiedliche Reichweite des Redlichkeitsprinzips bei unrechtmäßigen oder unregelmäßigen Beweisen?	117
2.	Rechtsfolgen einer Verletzung des Redlichkeitsprinzips	118
C.	Die „Erforderlichkeit der Ermittlungen“	119
1.	Die „Erforderlichkeit der Ermittlungen“ beim Polizeigewahrsam	120
2.	Die „Erforderlichkeit der Ermittlungen“ bei der Telefonüberwachung	121
D.	Zusammenfassung	122
II.	Erweiterte Ermittlungsmaßnahmen für organisierte Kriminalität	122
A.	Der Polizeigewahrsam	123
1.	Wesentliche Entwicklungen	123
2.	Regelungsinhalt	126
3.	Anordnungskompetenzen	130
4.	Adressatenkreis	132
a.	Allgemeines Strafverfahren	132
aa.	Abgrenzung zwischen einer verdächtigen Person und einem Zeugen	133
bb.	Besonderheiten bei Minderjährigen	135
(1)	Minderjährige bis 13 Jahre	136
(2)	Minderjährige über 13 Jahre	136
b.	Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	137
5.	Anordnungsdauer	138
a.	Allgemeines Strafverfahren	138
b.	Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	140
aa.	Zwei weitere Verlängerungsmöglichkeiten	140
bb.	Anordnungskompetenzen der Verlängerungen	140
cc.	Notwendigkeit der Vorführung vor den Richter	142
dd.	Stellungnahme der Literatur und Position des Conseil constitutionnel	143
c.	Verlängerungsmöglichkeiten für den Sonderfall der terroristischen Handlungen	145
d.	Tabellarische Zusammenfassung	147
e.	Fristbeginn	148
6.	Durchführung	151
a.	Grundnorm des Art. 63-1 CPP	151
aa.	Allgemeine Belehrungspflichten	151
bb.	Zeitpunkt der Belehrung	152
cc.	Protokollierung der Belehrungen	153
dd.	Belehrungspflicht bezüglich des Rechts auf Unterredung mit einem Anwalt	154
ee.	Sonstige Belehrungspflichten – insbesondere über das Schweigerecht	154
b.	Benachrichtigungsrecht i.S.v. Art. 63-2 CPP	157
aa.	Grundsätzliche Regelung	157

	bb.	Abweichungen	157
	c.	Recht auf ärztliche Untersuchung i.S.v. Art. 63-3 CPP	158
		aa. Allgemeines Strafverfahren	158
		bb. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	159
	d.	Recht auf Unterredung mit einem Anwalt i.S.v. Art. 63-4 CPP ...	160
		aa. Allgemeines Strafverfahren	160
		bb. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	163
		(1) Verzögerung des Rechts auf Unterredung mit einem Anwalt	163
		(2) Kritische Würdigung	164
	e.	Kontrolle	167
		aa. Durch den Polizeibeamten	167
		bb. Durch den Staatsanwalt	167
	f.	Beendigung	169
		aa. Allgemeines Strafverfahren	169
		bb. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	170
7.		Nichtigkeit und Auskunftsrecht	171
	a.	Rechtswidriger Polizeigewahrsam	171
		aa. Keine gesetzlich geregelten Nichtigkeiten	171
		bb. Entwicklung der Rechtsprechung	172
		cc. Voraussetzungen der Nichtigkeit	173
		dd. Rechtsfolgen der Nichtigkeit	176
		ee. Kritische Würdigung	177
	b.	Nichtinformation über folgenlosen Polizeigewahrsam	178
		aa. Allgemeines Strafverfahren	178
		bb. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	178
8.		Zusammenfassung	180
B.		Die Durchsuchung	181
	1.	Wesentliche Entwicklungen	181
	2.	Regelungsinhalt	183
	3.	Anordnungs Kompetenzen	185
		a. Allgemeines Strafverfahren	185
		b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	185
	4.	Adressatenkreis	186
		a. Allgemeiner Adressatenkreis	186
		b. Besonderheiten bei bestimmten Berufsgruppen	186
	5.	Anordnungszeitpunkt	188
		a. Allgemeines Strafverfahren	188
		b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	188
		aa. Wesentliche Entwicklungen der nächtlichen Durchsuchungen	188
		bb. Nächtliche Durchsuchungen im Strafverfahren für organisierte Kriminalität	191

	(1) Ausdehnung der nächtlichen Durchsuchungen auf den Straftatenkatalog des Art. 706-73 CPP	191
	(2) Position des Conseil constitutionnel	191
	(3) Besondere Voraussetzungen im Untersuchungsverfahren	192
6.	Durchführung	195
	a. Allgemeines Strafverfahren	195
	aa. Durchsuchungen außerhalb von Wohnraum	195
	bb. Durchsuchungen von Wohnraum	195
	b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	196
7.	Nichtigkeit	197
	a. Allgemeines Strafverfahren	197
	b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	198
	aa. Gesetzlich geregelte Nichtigkeitsgründe	198
	bb. Verhältnis zur Nichtigkeit bei nächtlichen Durchsuchungen in den Strafverfahren für den Handel mit Betäubungsmitteln und für terroristische Handlungen	200
8.	Zusammenfassung	200
C.	Die Telefonüberwachung	201
	1. Wesentliche Entwicklungen	201
	2. Regelungsinhalt	202
	a. Allgemeines Strafverfahren	202
	aa. Maßnahmen der Telefonüberwachung	204
	(1) Der Begriff des Abhörens	205
	(2) Abhören durch Private als Telefonüberwachung?	207
	bb. Gegenstand der Telefonüberwachung	207
	b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	208
	3. Anordnungs Kompetenzen	209
	a. Allgemeines Strafverfahren	209
	b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	210
	4. Adressatenkreis	211
	a. Allgemeiner Adressatenkreis	211
	b. Besonderheiten bei bestimmten Berufsgruppen	214
	5. Anordnungsdauer	215
	a. Allgemeines Strafverfahren	215
	b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	216
	6. Durchführung	216
	a. Allgemeines Strafverfahren	216
	b. Besonderes Strafverfahren für organisierte Kriminalität	219
	7. Nichtigkeit	219
	8. Zusammenfassung	222

III. Ausschließliche Ermittlungsmaßnahmen für organisierte Kriminalität	222
A. Die verdeckte Ermittlung	223
1. Wesentliche Entwicklungen	223
a. Auswirkung der Beteiligung an einer Straftat auf die Strafbarkeit des Täters	224
b. Einsatz eines verdeckten Ermittlers als Verletzung der Privatsphäre?	225
2. Regelungsinhalt	226
a. Abgrenzung der verdeckten Ermittlung gegenüber der Informationsbeschaffung durch „Spitzel“ oder Tatbeteiligte ..	226
b. Handlungen der verdeckten Ermittlung	229
c. Verbot der Tatprovokation	232
d. Verbot der Enttarnung	233
e. Einführung von Beweisen in das gegen den Täter geführte Strafverfahren	234
f. Verwertbarkeit der Aussage eines verdeckten Ermittlers	236
3. Anordnungs Kompetenzen	238
4. Adressatenkreis	239
5. Anordnungsdauer	239
6. Durchführung	240
7. Nichtigkeit	241
8. Zusammenfassung	242
B. Die akustische und visuelle Raumüberwachung bestimmter Örtlichkeiten und Fahrzeuge	243
1. Wesentliche Entwicklungen	243
2. Regelungsinhalt	246
3. Anordnungs Kompetenzen	248
a. Allgemeine Anordnungs Kompetenzen	248
b. Anordnungs Kompetenzen im Fall von Wohnraum	249
4. Adressatenkreis	249
a. Allgemeiner Adressatenkreis	249
b. Besonderheiten bei bestimmten Berufsgruppen	249
5. Anordnungsdauer	250
6. Durchführung	251
7. Nichtigkeit	253
8. Zusammenfassung	254
IV. Vorläufige Sicherungsmaßnahmen für organisierte Kriminalität	255
A. Der Mechanismus der vorläufigen Sicherung	255
B. Kritische Würdigung	257
V. Zwischenergebnis	260
A. Gesetzlichkeit durch Kodifikation	261
B. Die Stärkung des Richtervorbehalts	261

1. Die neue Kompetenzverteilung	261
2. Kritische Würdigung	263
C. Auswirkungen auf die Beschuldigtenrechte	267
1. Marginale Besserstellungen	267
2. Vielfältige Reduzierungen	267
Gesamtergebnis	270
Anhang	274
Gesetzestexte	274
Literaturverzeichnis	289

